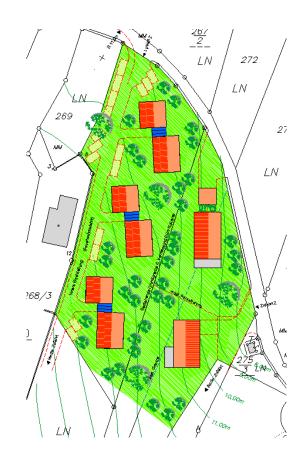
Örtliche Raumordnung MARKTGEMEINDE GAMLITZ

Bebauungsplanänderung 01 - "Penkoff-Steiner"



Verfasser:		Für den Gemeinderat: Der Bürgermeister:		
Zahl:	 Zahl:			
Graz am	Gamlitz am			

BEBAUUNGSPLANUNG MARKTGEMEINDE GAMLITZ

- A) VERORDNUNGSTEIL MIT RECHTSPLAN BPLÄ 01/GA 04/01
- B) GRUNDLAGE
- C) ALLGEMEINE ERLÄUTERUNG
- D) ANHANG

RKTGEME	TAIL .
KKK I C-H.IVIK	.IINIJH.:

GAMLITZ

Bebauungsplanänderung 01 – "Penkoff-Steiner"

Gemeinderatsbeschluss :	am	05/08/2004
Für den Gemeinderat		
Der Bürgermeister : Übermittlung der Unterlagen an die Stmk. Landesregierung (FA 13B) zur		
Prüfung der Gesetzmäßigkeit:	am	
Kundmachung an der Amtstafel lt. Stmk. Gemeindeordnung 1967	von	25/08/2004
	bis	14/09/2004
Rechtswirksamkeit	am	15/09/2004

A) VERORDNUNG

Verordnung über die vom Gemeinderat der Marktgemeinde Gamlitz am 05/08/2004 beschlossene Änderung des Bebauungsplanes 08 "Penkoff-Steiner" (unter Berücksichtigung der Beschlüsse hinsichtlich von Änderungen aufgrund von fristgerecht vorgebrachten Einwendungen bzw. der Einwendungen im Rahmen des Anhörungsverfahrens).

§1 Geltungsbereich – entfällt und wird ersetzt durch

Der Bebauungsplan legt für die Grst.Nr.: 268/2, 271/2 z.T. und 274/1 z.T. Einzelheiten der Bebauung fest.

Der Rechtsplan Nr.: BPL-Ä 01/GA 04/01 ist Bestandteil der Verordnung (Beilage M.: 1:500).

Die beiliegenden **Gestaltungspläne** dienen als Grundlage dieses Bebauungsplanes im Sinne einer Erläuterung der Gestaltungsabsichten :

- Gestaltungsplan 1, erstellt vom Büro Arch. DI. Günther Puntigam, 8330 Feldbach, Beilage M 1:500
- Gestaltungsplan 2, erstellt vom Büro Arch. DI. Gottlieb Krasser, 8045 Graz Beilage Plan Nr.: **BPL-Ä 01/GA 04/02,** M.: 1:500).
- §2 Zulässige Bauten bleibt unverändert
- §3 Baulinien bleibt unverändert

§4 Auflagen für die Bauwerke, Wege und Freiflächen:

Pkte. a.) bis b.) bleiben unverändert

Pkt. c.) bleibt unverändert und wird ergänzt durch: "Der Rechtsplan Nr.: BPL 08/GA 00/01 wird ersetzt durch den Rechtsplan Nr. BPL-Ä 01/GA 04/01."

Pkt. d.) entfällt und wird ersetzt durch:

"Die Zufahrt erfolgt über Anschlussmöglichkeiten an der Nordwestbzw. Nordostseite. Die innere Erschließung wird in ihrem Verlauf nicht exakt festgelegt, es muss jedoch bei deren Errichtung darauf geachtet werden, dass die Erschließung einerseits in einer als Feuerwehrzufahrt geeigneten Breite (Durchgehend freie und befestigte Breite mind. 4,00m) ausgeführt wird, andererseits muss die Wegführung derart gestaltet sein, dass für die südlich angrenzenden Grundstücke eine landwirtschaftliche Zufahrt gesichert ist."

Pkt. e.) bleibt unverändert

Pkt f.) entfällt und wird ersetzt durch "Die talseitige Gebäudehöhe an der Traufenseite darf bei Gebäuden mit Erdgeschoss und ausgebautem Dachgeschoss vom natürlichen Gelände max. 6,00m betragen (Gebäudehöhe lt. §4(30) des Stmk. BauG 95), ausgenommen davon sind Vorbauten, Windfänge und Wintergärten etc.. Wintergärten und Stiegenhäuser dürfen 2-geschossig ausgeführt werden."

Pkt g.) entfällt und wird ersetzt durch "Die zulässige Gesamthöhe (Gesamthöhe lt. §4(31) des Stmk. BauG) darf max. 11,00m vom natürlichen Gelände betragen."

Pkt. h.) entfällt und wird ersetzt durch "Die Gebäudebreite (Giebelbreite) darf max. 9,00 M betragen."

Pkte. i.) bis k.) bleiben unverändert

Pkt. l.) entfällt und wird ersetzt durch

"Die Oberkante des Erdgeschossfußbodens für das Hauptgebäude (Rohdecke) darf an der Stelle des höchsten Verschneidungspunktes des Haupthauses mit dem natürlichen Gelände max. 0,80m über der Höhe des Geländes liegen, ausgenommen davon sind Geländemulden, die dem natürlichen Geländeverlauf angepasst werden dürfen."

Pkte. m.) bis s.) bleiben unverändert

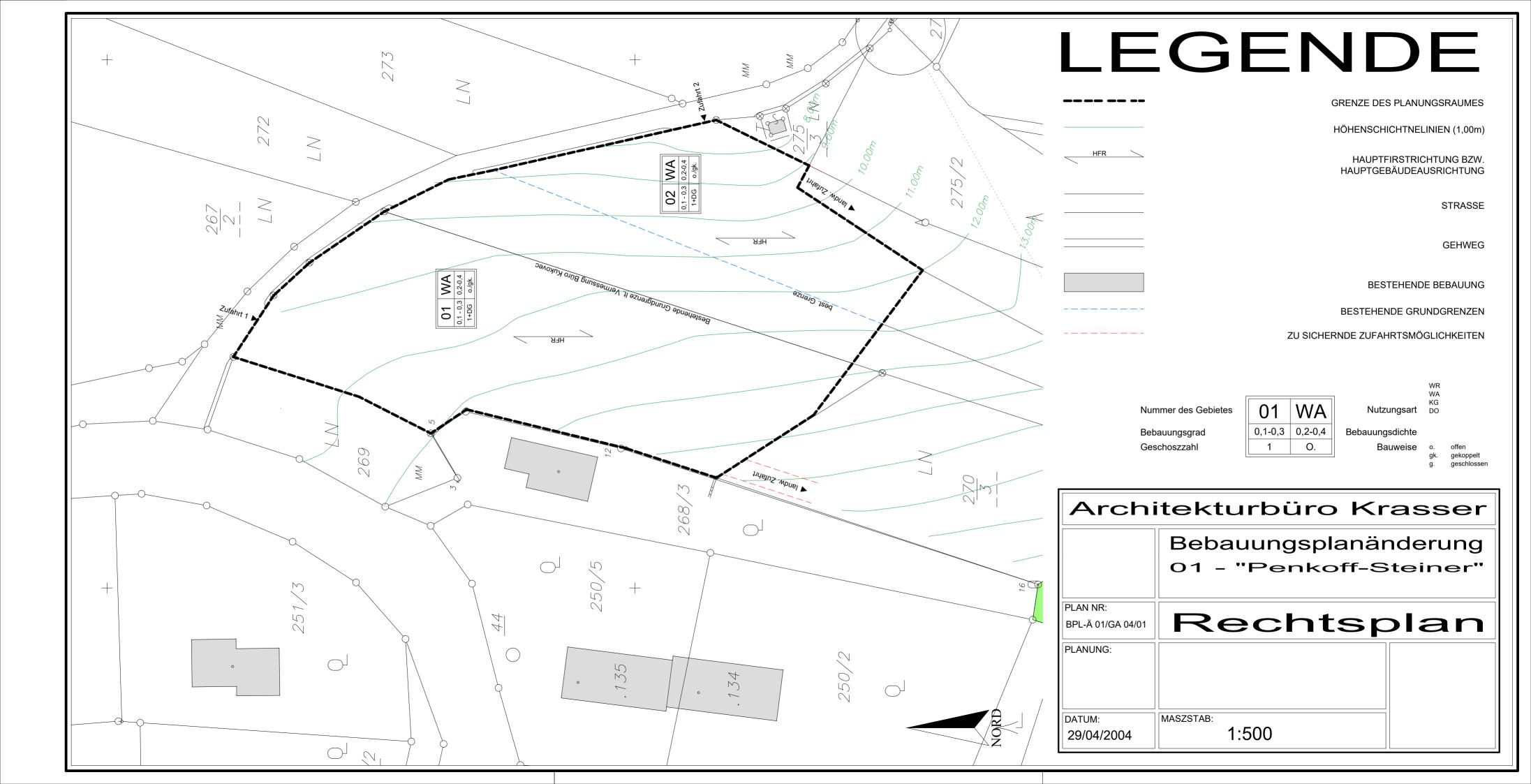
§5 Inkrafttreten

Die Bebauungsplanänderung tritt mit dem der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Für den Gemeinde	erat
Der Bürgermeister	

HINWEIS FÜR DIE BAUBEHÖRDE:

Die Aufschließungserfordernisse (Zufahrt, Abwasserentsorgung, Regenwasserbeseitigung, Stromversorgung etc..) müssen vor einer Bauverhandlung im Bereich des Bebauungsplanes für das Gesamtareal sichergestellt sein.



B) GRUNDLAGEN

Rechtsgrundlagen:

- * Stmk. Raumordungsgesetz 1974 i.d.g.F.
 - Stmk. Baugesetz 1995
 - Stmk. Ortsbildgesetz 1977
- * Landesentwicklungsprogramm 1977
- * Regionales Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Leibnitz LGBL. Nr. 27/2001 (rechtswirksam mit 01/07/2001)
- * Örtliches Entwicklungsprogramm der Gemeinde
- * Flächenwidmungsplan der Gemeinde Bebauungsplan 08 Penkoff-Steiner

Zur Verfügung gestellte Unterlagen:

- Digitaler Katasterplan (DKM), zur Verfügung gestellt von der Gemeinde am 19/12/2003
- Flächenwidmungsplan 3.00
- Bebauungsplan 08 Penkoff-Steiner

Weitere Besichtigungen und Besprechungen mit den Grundeigentümern, Interessenten, Gemeindevertretern etc.

Selbst erarbeitete bzw. eingeholte Unterlagen:

- Ausschnitt aus dem Flächenwidmungsplan 3.00
- Auszug aus dem Katasterplan M 1:2000
- Auszug aus dem Grundstücksverzeichnis

Auszug aus dem Grundstücksverzeichnis

AUSZUG AUS DEM GRUNDSTÜCKSVERZEICHNIS NUMMERIERUNG: getrennt KATASTRALGEMEINDE: 66114 Gamlitz GRENZKATASTER: TNA VERMESSUNGSAMT: Leibnitz EINGABE: 268/2 271/2 274/1 274/2 275/2 955/3 275/3 269 268/3 270/3 ****************** GST-NR G MBL-BEZ BA (NUTZUNG) FLÄCHE EMZ VHW GB-NR 14/1979 268/2 7018-33/1 Landw. genutzt 2488 1200 741 Flächenänderung P 662/03 Mappenberichtigung P 662/03 Umwandlung P 662/03 7018-33/3 Landw. genutzt 3363 271/2 1584 43/1959 183 Mappenberichtigung P 662/03 7018-33/3 Landw. genutzt 1678 714 200/1994 274/1 183 Mappenberichtigung P 662/03 274/2 7018-33/3 Wald 2401 200/1994 183 Mappenberichtigung P 662/03 2149 275/2 7018-33/3 499/2003 709 Landw. genutzt T Wald T 179 1970 Mappenberichtigung P 662/03 7018-33/4 Sonstige (Weg) 1483 955/3 4/1983 50000 Mappenberichtigung P 662/03 Mappenberichtigung P 661/03 275/3 G 7018-33/3 Sonstige 26 499/2003 551 (Ver/Entsorg.anl) 269 7018-33/1 Landw. genutzt * 658 14/1979 366 268/3 7018-33/3 1694 499/2003 389 Baufl.(Gebäude) T 131 Baufl. (begrünt) T 1563 Eckberger Weinstr. 212 P 662/03 Flächenänderung P 662/03 Mappenberichtigung 7018-33/3 Landw. genutzt 1469 270/3 684 502/2002 741 Flächenänderung P 662/03 Mappenberichtigung P 662/03 Umwandlung P 662/03 ************************ EZ LNR EIGENTÜMER 1 ANTEIL: 1/2 183 Steiner Hermann GEB: ADR: Gamlitz 116 8462 2 ANTEIL: 1/2 Steiner Magdalena GEB: ADR: Gamlitz 116 8462 1 ANTEIL: 1/1 366 Gemeinde Gamlitz ADR: 8462 389 1 ANTEIL: 1/1 Faustmann Franz GEB: 1958-12-02 ADR: Gamlitz 212 8462 551 1 ANTEIL: 1/1 Steiermärkische Elektrizitäts-AG. ADR: Ankerstraße 6 8054 709 1 ANTEIL: 1/1 Koter Elisabeth GEB: 1952-11-05 ADR: Dietrichsteinpl. 7 8010 741 1 ANTEIL: 1/1 Koter Elisabeth

GEB: 1952-11-05 ADR: Dietrichsteinpl. 7 8010

50000 1 ANTEIL: 1/1

Öffentliches Gut (Straßen und Wege) ADR: Marktgemeindeamt Gamlitz 8462

C) ALLGEMEINE ERLÄUTERUNG

Betrifft: Gemeinde Gamlitz KG Gamlitz

Grst. Nr.			Fläche
268/2	z.T.	ca.	3.068 M2
271/2	z.T.	ca.	1.016 M2
274/1	z.T.	ca.	1.286 M2
Gesamt		ca.	5.370 M2

Termine des Verfahrens:

Antrag auf Änderung schriftlich	am	08/04/2004
Besprechungen mitGrundeigentümer und BürgermeisterArch. Puntigam mehrfach	am im	26/03/2004 März und April 2004
Information und Vorbesprechung		
mit FA 13b der Stmk. LR (Fr. DI. Böss)	am .	
Anhörung der Betroffenen schriftliches Anhörungsverfahren	von	01/06/2004
	bis	22/06/2004
Gemeinderatsbeschluss	am	05/08/2004
Vorlage der Unterlagen bei der Stmk. LR FA 13B	am .	
Kundmachung	von	25/08/2004
	bis	14/09/2004
Rechtskraft erlangt	am	15/09/2004

2. ALLGEMEINE BESCHREIBUNG:

Für Bereich wurde März 2001 (2. den gegenständlichen im Gemeinderatsbeschluss erfolgte am 08/03/2001) ein Bebauungsplan erstellt, der von der Stmk. Landesregierung am 14/05/2001 (GZ.: 03-10.10 G 33-2001/47) genehmigt wurde.

Anfang 2004 wurden für den westlichen Bereich des Bebauungsplanareals Planungsschritte einer Realisierung entsprechende zu des **Projektes** (Gestaltungsabsichten und Grundrisspläne, erstellt vom Büro Arch. DI. Günther Puntigam, 8330 Feldbach) vorgelegt. Im Zuge der Besprechungen wurde aber deutlich, dass der östliche Grundeigentümer, Herr Steiner, kein Interesse an einer Änderung seiner Grundstücksparzellen (Grundabtausch etc...) hat. Auch stellte sich im Zuge der Vermessung durch das Büro Kukovec heraus, dass der tatsächliche Grenzverlauf deutlich von den vorliegenden Katasterplänen abweicht (aus diesem Grund weicht auch die Angabe der Gesamtfläche von der des Bebauungsplanes ab).

Auf Grund dieser Tatsache und auf Grund der nunmehr vorliegenden, konkreten Bebauungsabsichten (gedacht ist an einer eher dichteren Bebauung im westlichen Bereich), ist es erforderlich den Bebauungsplan entsprechend anzupassen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass vor Erstellung des Änderungsplanes mehrere Besprechungen mit den Grundeigentümern stattfanden, und dass die vorliegende Bebauungsplanänderung im Einvernehmen mit allen Betroffenen erarbeitet wurde.

Die im ursprünglichen Bebauungsplan festgelegten Verordnungspunkte behalten im wesentlichen ihre Gültigkeit. Auf Grund der unterschiedlichen Vorstellungen der Grundeigentümer und der Unverschieblichkeit der Grundstücksgrenzen wurde von einer gemeinschaftlichen Erschließung Abstand genommen. Dies ist aus fachlicher Sicht deshalb vertretbar, weil es sich beim Bebauungsplanareal um eine kleinere Ausweisung handelt, die auch in Zukunft nicht ausgeweitet werden wird (die südliche Abgrenzung der Ausweisung ist im Siedlungsleitbild zum örtlichen Entwicklungskonzept 3.0 als absolute Baulandgrenze festgelegt). Wichtig ist im Hinblick auf die Erschließung nur die Festlegung, dass die südlich angrenzenden Grundstücke auch in Zukunft eine Zufahrtsmöglichkeit haben werden. Für den Bebauungsbereich Penkoff (westlicher Bereich) ist bei der Bebauung auch wesentlich, dass auf eine freibleibende und entsprechend befestigte Feuerwehrzufahrt geachtet wird.

Zur Erläuterung der Gestaltungsabsichten wurden auch 2 Gestaltungspläne (Gestaltungsplan 1, verfasst vom Büro Arch. DI. Puntigam, 8330 Feldbach, Gestaltungsplan 2, verfasst vom Büro Arch. DI. Krasser, 8045 Graz) beigelegt. Hinsichtlich des Gestaltungsplanes vom Büro Arch. DI. Puntigam ist anzumerken, dass bei der Erschließung auf die Einhaltung eines Mindestabstandes zur Grundgrenze (empfohlen wird ein Abstand von ca. 1,00m) geachtet werden sollte, um die bestehenden Einfriedungen des Nachbargrundstückes nicht in ihrer Standfestigkeit zu gefährden.

Eine zweite Änderung des Bebauungsplanes betrifft die zulässigen Gebäudebreiten und -proportionen, die auf Wunsch der Grundeigentümer etwas ausgedehnt wurden. Aus fachlicher Sicht erscheint dies deshalb möglich, weil sich im Umfeld Bauwerke befinden, die ebenfalls ähnlich gestaltete Proportionen aufweisen und daher keine Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes zu erwarten ist.

Bei der Anpassung von Pkt. l (Höhe des Erdgeschossfußbodens, Auffüllen von Mulden) handelt es sich lediglich um eine Anpassung auf Grund von Erfahrungswerten im Zuge der Umsetzung von Bebauungsplänen.

Grundsätzlich ist als Bezugsniveau für die Höhe des Erdgeschossfußbodens zur Umgebung das natürliche Gelände maßgebend. Es tritt jedoch auch immer wieder der Fall ein, dass in einem an und für sich gleichmäßig verlaufenden Gelände Mulden vorhanden sind, die bei der Betrachtung der unbebauten Fläche nicht negativ auffallen. Wird eine solche Mulde mit einem Gebäude nach den verordneten Vorgaben (Rohdeckenoberkante max. 80cm über dem Gelände) bebaut, kann der Fall eintreten, dass im bebauten Gesamtbild betrachtet dieses Gebäude zu tief im Gelände sitzt. Aus diesem Grund wurde die Möglichkeit einbezogen, solche Geländemulden dem natürlichen Gelände anzupassen und entsprechend aufzufüllen. Keinesfalls ist aber bei solchen Maßnahmen die Ausbildung von Hügeln zulässig.

Zusammenfassend kann aus Sicht des Raumplaners eine entsprechende Abänderung des Bebauungsplanes aus folgenden Gründen positiv beurteilt werden:

- 1. Durch die abgeänderte Erschließung werden die gesetzten Grundziele (innere Erschließung, gesicherte Zufahrt zu den angrenzenden, landwirtschaftlichen Flächen) nach wie vor erreicht
- 2. Durch die Anpassung der Gebäudeproportionen ist keine Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes zu erwarten.

ıraz,ar	n	••••••	•••••	•••••
• • • • • • • • •	•••••	• • • • • • • • •		•••••

D) ANHANG

RECHTSGÜLTIGE VERORDNUNG DES BEBAUUNGSPLANES 08-PENKOFF-STEINER

VERORDNUNG

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Gamlitz hat in seiner Sitzung am 08/03/2001 einen Bebauungsplan (Bebauungsplan 08 "Penkoff-Steiner") für ein Teilgebiet der KG. Gamlitz erlassen.

Aufgrund der § 27 - 29 des Stmk. Raumordnungsgesetzes wird verordnet :

§1 Geltungsbereich

Der Bebauungsplan legt für die Grst.Nr.: 268/2, 271/2 z.T., 274/1 z.T. Einzelheiten der Bebauung fest.

Der Rechtsplan Nr.: BPL 08/GA 00/01 ist Bestandteil der Verordnung (Beilage M.: 1:500).

Der Gestaltungsplan dient als Grundlage dieses Bebauungsplanes im Sinne einer Erläuterung der Gestaltungsabsichten (Beilage Plan Nr.: **BPL 08/GA 00/02** M.: 1:500).

§2 Zulässige Bauten

Das in der Anlage dargestellte Gebiet ist im rechtskräftigen Flächenwidmungsplan der Marktgemeinde Gamlitz 3.00, genehmigt von der Stmk. LR am 25/10/1999 Zahl 03-10.10 G 33-99/41 als Aufschließungsgebiet für "Allgemeines Wohngebiet" mit einer zulässigen Bebauungsdichte von 0,2 – 0,4 ausgewiesen.

§3 Baulinien

Für den Bebauungsplanbereich werden keine Baugrenz- oder fluchtlinien festgelegt. Es sind jedoch die Abstandsbestimmungen gem. BauG 95 §13 idgF. einzuhalten.

§4 Auflagen für die Bauwerke, Wege und Freiflächen:

- a) Die Bauwerke sind möglichst an der im Gestaltungskonzept eingetragenen Stelle zu errichten.
- b) Die Bebauungsdichte muss zwischen 0,2 und 0,4 betragen.
- c) Die Nutzungsart, der Bebauungsgrad, die Bebauungsdichte, die max. Geschoß-anzahl und die Bebauungsweise ist im Rechtsplan Nr. BPL 08/GA 00/01 festgelegt.
- d) Die Zufahrt erfolgt über den bestehenden Weg an der Nordseite. Die innere Erschließung erfolgt über eine neu zu errichtende Straße, die mit einer Breite von 5,00m festgelegt wird. Um die südlich angrenzenden Grundstücke auch in Zukunft gesichert erreichen zu können, wird an diese Erschließungsstraße angrenzend bzw. am östlichen Rand des Areals (neben der Trafostation) eine landwirtschaftliche Zufahrt mit einer Breite von jeweils 4,00m festgelegt.
- e) Die Hauptfirstrichtungen sind lt. Rechts- und Gestaltungsplan anzuordnen (Hauptfirstrichtung von Norden nach Süden).
- f) Die talseitige Gebäudehöhe an der Traufenseite darf bei Gebäuden mit Erdgeschoss und ausgebautem Dachgeschoss vom natürlichen Gelände max. 6,00 M betragen (Gebäudehöhe lt. §4(30) des Stmk. BauG 95), ausgenommen davon sind Vorbauten, Windfänge, Wintergärten etc.
- g) Die Kniestockhöhe darf max. 75cm betragen (Kniestockhöhe lt. §4(40) des Stmk. BauG 95)
- h) Die Gebäudebreite (Giebelbreite) darf max. 8,50 M betragen.
- i) Die Dachneigung muss zwischen 46 und 48 Grad betragen, ausgenommen sind Glasdächer, Wintergartendächer u. sonstige kleinere Überdachungen.
- j) Als Dachdeckung ist (ausgenommen von Vorbauten, Windfängen, Wintergärten etc.) ein kleinformatiges, rot bis rotbraunes Deckungsmaterial zu verwenden.
- k) Bei Vorbauten (Windfänge, Wiederkehren, Wintergärten etc.) muss die Gesamthöhe (Gesamthöhe lt. §4(31) des Stmk. BauG 95) mind. 80 cm niedriger sein als der First des Hauptbaues.

- 1) Die Oberkante des Erdgeschosses für das Hauptgebäude (Rohdecke) darf an der Bergseite an der Stelle des höchsten Verschneidungspunktes des Haupthauses mit dem natürlichen Gelände max. 0,60m über der Höhe des angrenzenden, natürlichen Geländes liegen.
- m) Erdaufschüttungen bzw. Geländeveränderungen dürfen nur im unbedingt erforderlichen Ausmaß durchgeführt werden (Niveauveränderung bis max. 0,80m). Aufschüttungen von Erdhügeln vor den Terrassen sind verboten.
- n) Stützmauern und Einfriedungen entlang der Erschließungsstraßen dürfen max. 150 cm hoch vom neu zu errichtenden Straßenniveau errichtet werden (Stützmauer in einer durchgehenden Fläche).
- o) Zäune zwischen den einzelnen Grundstücken dürfen max. 2,00m hoch vom natürlichen Gelände errichtet werden.
- p) Lebende Zäune (Hainbuchen etc..) sind mit mind. 0,50m Abstand (gemessen von der Achse des Hauptstammes der Pflanze) von der Grundgrenze zu pflanzen.
- q) Die Zuleitung von Strom, Telefon etc. muss mittels Erdkabel erfolgen.
- r) Die Niederschlagswässer müssen so beseitigt werden, daß keine Beeinträchtigung der Nachbargrundstücke erfolgt.
 - · Sammlung in Zisternen und Verwendung für die Bewässerung des eigenen Gartens bzw. der Grünflächen.
 - · Versickerung auf eigenem Grund.
 - · Ableitung durch die Errichtung eines gemeinsamen Regenwasserkanals.
- s) Grundsätzlich sollten so wenig Flächen wie möglich versiegelt werden. Hauszufahrten und Parkplätze sollten eher mittels Rasenverbundsteinen oder ähnlichen Materialien befestigt werden.

§5 Einwendungen

Im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens wurden keine Einwendungen eingebracht.

§6 Inkrafttreten

Der Bebauungsplan tritt mit dem der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

GESTALTUNGSPLAN 01, VERFASST VOM BÜRO ARCH. DI. PUNTIGAM, 8330 FELDBACH

Allgemeine Anmerkung:

Der nachfolgend beigelegte Gestaltungsplan, verfasst vom Büro Arch. DI. Puntigam soll die grundsätzlichen Überlegungen der Zufahrts- und Gebäudesituierung darstellen. Die eingetragenen Gebäudebreiten stellen noch nicht das gemeinsam mit Fr. Koter, Arch. Puntigam und Arch. Krasser abgesprochene Maß (max. Gebäudebreite 9,00m) dar.

Gestaltungsplan 02, verfasst vom Büro Arch. DI. Krasser, 8045 Graz

